



*Rosenstrasse. Margarethe von Trotta.*

**Reviewed by** Antonia Leugers

**Published on** H-German (July, 2004)

## Die Die "laut erhobenen Proteste" in der Rosenstraße, 1943

Mit der dezidierten Feststellung, "daß die im Februar und März dieses Jahres [1943] bereits zu Tausenden aus ihrer Familie herausgerissenen nichtarischen Ehegatten aus Mischehen auf die [...] aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung laut erhobenen Proteste hin wieder aus den Sammellagern entlassen worden sind", hätte man zwar die zentrale Aussage des Spielfilms "Rosenstraße" von Margarethe von Trotta getroffen, dürfte damit aber in einer historischen Seminararbeit bei Beate Meyer wohl kaum reüssieren können. Meyer bewertet den Film nämlich als historisch nicht korrekt.[1] Sie vertritt die Gegenposition, die Protestierenden hätten irrtümlich angenommen, die Ehepartner sollten deportiert werden. Tatsächlich sollten sie, darin folgt Meyer Wolf Gruner, nur registriert werden.[2] Einige hundert Personen sollten zudem als geeignete Ersatzkräfte für die später zu deportierenden Angestellten der noch existierenden jüdischen Einrichtungen in Berlin ausgewählt werden. Ein öffentlicher Protest hätte im übrigen die damaligen Machthaber, selbst wenn sie die Ehegatten hätten deportieren wollen, von ihren Vorhaben nicht abhalten können. <p> Eine unerfahrene Studierende – von dieser Argumentation sicherlich beeindruckt – wände ihren Text ändern. Da das obige Zitat aber nicht einer Seminararbeit des Jahres 2004 entnommen wurde, sondern im August 1943 von der ausgezeichnet unterrichteten Dr. Margarete Sommer in Berlin formuliert worden ist, werden die unveränderlichen Originalquellen zur kritischen Instanz, an der die Ergebnisse der Historiker zu messen sind.[3] Der von Meyer und Gruner vorschnell als geklärt angesehenen Debatte zum Rosenstraßenprotest

dürfte eine breitere Basis für erforderlich sein.[4] Noch immer sind aufschlußreiche Quellen, auf die ich im folgenden eingehen möchte, in ihrer Bedeutung für die historische Urteilsbildung hinsichtlich der Ereignisse in der Rosenstraße weitgehend unberücksichtigt geblieben.[5] Daß aufgrund dieser Quellen Meyers und Gruners These kritisch hinterfragt werden muß und deshalb der Interpretation Trottas, die sich auf Nathan Stoltzfus stützt, eine begründete Chance einzuräumen bleibt, sei schon vorweg verraten.[6] <p> Margarete Sommers Aussagen über die Ereignisse in der Rosenstraße sind von nicht zu unterschätzendem Gewicht, da sie sich professionell für die vom nationalsozialistischen Regime als sogenannte "katholische Nichtarier", als "Mischlinge" und "Mischehepartner" diskriminierten, entrechteten und verfolgten Menschen einsetzte.[7] Sie leitete seit 1941 das für diese Personengruppe eingerichtete "Hilfswerk beim Bischoflichen Ordinariat Berlin", das ab 1939 in der Schillinghauser Allee 182 auf dem Gelände der Herz-Jesu-Gemeinde untergebracht war – in Fußwegentfernung zur Rosenstraße. Wenn Sommer also im August 1943 rückblickend die "aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung laut erhobenen Proteste" als Ursache für die Entlassung der dort gefangenen "Mischehepartner" wertete, so beruhte dies auf gezielter Beobachtung und besten Informationen über die Geschehnisse. Das widerspricht der These Gruners, auch in Berlin sei man gemäß der Verordnung des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) vom 20. Februar 1943[8] bzw. analog zum Erlaß der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Frankfurt/Oder vom 24. Februar 1943[9] verfahren, wonach die "Mischehepartner"

von der allgemein verhängten Deportation der "Volljuden" im Zuge der "Schlussaktion" ausgenommen blieben, sie lediglich registriert und – in Berlin – für bestimmte Einsatzfelder ausgewählt werden sollten. Interessant in diesem Zusammenhang ist es, daß auch Margarete Sommer zunächst im Februar 1943 davon ausging, die "Mischehen" seien "geschützt". Der Umschwung, den sie bei der Einschätzung der Lage vollzog, dürfte daher symptomatisch für den unvorhergesehen gewaltsamen Übergriff der NS-Seite in Berlin sein – oder wie es Hans Günther Adler im Anschluß an die zuvor von ihm referierten RSHA-Richtlinien vom 20. Februar 1943 nannte, in Berlin "erfolgte ein Vorstoß". [10] Sommer zählt zu jenen wenigen Personen, die sich über das Ziel der NS-"Judenpolitik" keinen Illusionen hingab. Ihre Informationskanäle erlaubten ihr einen erschreckenden Einblick in die Vorhaben der Gegenseite: "die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage". [11] Wie erst kürzlich aufgetauchte Dokumente belegen, wurde sie sogar vertraulich von den Ergebnissen der "Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942 in Kenntnis gesetzt. [12] Da Informationen, die im Zusammenhang mit der Hilfsstelle eruiert wurden, über Sommer oder ihren unmittelbaren Dienstvorgesetzten, den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing, zum Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, den Breslauer Kardinal Adolf Bertram, und zu Papst Pius XII. gelangten, waren also nicht nur die NS-Machthaber, sondern auch das Oberhaupt der Katholischen Kirche und die deutschen Bischöfe im Bild über die ungeheuerlichen Mordpläne und deren Durchführung. [13] <p> Was angesichts dieses Wissens von der Kirche pflichtgemäß zu geschehen habe, darüber gingen die Meinungen damals auseinander. Als Antipoden der unversöhnlichen Richtungen im Episkopat traten Preysing und Bertram auf. [14] Preysing setzte als Mitglied des 1941 konstituierten "Ausschusses für Ordensangelegenheiten" [15] auf die Information der Öffentlichkeit und deren Reaktionen, Bertram vertraute auf stille Eingaben in den Ministerien und fürchtete selbst in der Diktatur eine Stärkung der gottgewollten "Harmonie zwischen Kirche und Staat". [16] Margarete Sommer plädierte wie Preysing für öffentlichkeitswirksame Schritte des Episkopats im Einsatz für die "unveräußerlichen Rechte aller Menschen", denn sonst würden die Bischöfe "vor Gott und den Menschen" durch "Schweigen schuldig". [17] Sie vermochte bei Bertram jedoch nur wegen eines angeblich in Vorbereitung befindlichen Gesetzes zur Zwangsscheidung von "Mischehen" im November 1942 eine Eingabe zu erwirken, weil Bertram hier das Sakrament der Ehe verletzt sah. Sich zu rein humanitären

und menschenrechtlichen Angelegenheiten zu äußern, dazu hätte er sich als Bischof nicht befugt. [18] <p> Die Ereignisse in der Rosenstraße sollten die verschiedenen Akteure wieder zusammenführen. Da das vermeintliche Zwangsscheidungsgesetz ausblieb, mußte man dem Schritt Bertrams vom Herbst 1942 eine gewisse Bedeutung bei und wiegte sich in Sicherheit, wie Sommer am 2. März feststellte: "Streng vertraulich wurde einem unserer Herren aus einem Ministerium mitgeteilt, daß noch vor einer Woche auf eine Anfrage hin von der SS-Führung geantwortet worden sei, daß bei der geplanten Razzia die Mischehen nicht einbezogen würden, daß sie 'geschützt' seien". [19] Vorsorglich hatte Sommer bereits am 17. Februar eine Rundfrage an alle Pfarreien in Berlin gerichtet, um den betroffenen Personenkreis aktuell statistisch zu erheben. [20] Der Rücklauf war schleppend, da die Daten mittels Hausbesuche überprüft werden mußten. [21] Diese Unterlagen erlaubten Sommer jedoch spätestens nach der Einbeziehung der "Mischehepartner" und "Mischlinge" in die sogenannte "Fabrik-Aktion" vom 27. Februar 1943 eine gezielte Weiterverfolgung der persönlichen Schicksale. [22] Sommer erhielt vor den Deportationen, von denen auch "katholische Nichtarier" erfaßt wurden, genaue Listen, so daß sie mit ihrem Mitarbeiterstab seelsorglich fürsorglich diese Personen faktisch auf den Todesgang vorbereiten konnte. [23] Die Sammel- und die Verfahrensabläufe waren ihr bekannt. Während also schon seit Oktober 1941 aus Berlin auch Katholiken jüdischer Herkunft, die der NS-Ideologie gemäß als "Nichtarier" eingestuft wurden, deportiert worden waren, wogegen sich kein Protest seitens der Bischöfe und des Papstes erhoben hatte, entwickelten sich bei der Frage der Ehen und Familien, d.h. der "Mischehepartner" und "Mischlinge", Aktivitäten. [24] <p> Sommer berichtete am 2. März in Breslau Kardinal Bertram von den Vorgängen, die sie unmittelbar nach der Razzia in Berlin in Erfahrung gebracht hatte: "Am Sonnabend, dem 27. Februar, setzte in Berlin eine Evakuierung ein in einem Ausmaß und mit einer Härte, wie sie in Berlin bisher nicht erlebt worden war. Innerhalb von zwei Tagen wurden ca. 8000 Nichtarier abgeholt ohne Rücksicht darauf, ob sie schon lange – oft schon seit Jahrzehnten – getauft worden waren; aber vor allem dieses Mal ohne Rücksicht darauf, ob sie in einer Mischehe leben oder nicht; auch die christlichen Mischehen sind auf diese Weise gewaltsam getrennt worden." Mit Bezug auf allererste Reaktionen der Familienangehörigen und das Verhalten der NS-Seite schilderte Sommer rassistische Methoden: "Alle Bemühungen der arischen Ehegatten und der halbarischen Kinder, den nichtarischen Gat-

ten, bzw. Elternteil freizubekommen, sind vergeblich. In härtester Form werden sie abgewiesen und buchstäblich vertrieben. Die Straße, in der die aus den Mischehen stammenden Männer und Frauen untergebracht sind, ist polizeilich abgesperrt worden; und selbst Wohnungsschlüssel und Lebensmittelkarten, die die Eingeschlossenen in vielen F llen von der ganzen Familie bei sich führten, durften nicht ausgehändigt werden". Die Räumlichkeiten seien nicht vorbereitet, für Kleidung und Verpflegung nicht gesorgt. "Gerade dieser Umstand, daß in keiner Weise für die Zukunft der Tausende gesorgt werden darf, macht die Sorge, daß sie keine Zukunft haben sollen, zur Gewißheit." Mit "erschreckender Schnelligkeit" seien schon etwa 3500 Menschen abtransportiert worden. Doch die "Mischehepartner" seien bis zum Montagabend, dem 1. März, wie "streng vertraulich" von Sommer festgestellt worden war, noch nicht evakuiert worden. Sommer forderte einen sofortigen persönlichen Schritt des bischöflichen Unterh ndlers Wienken, denn Bertrams Eingabe vom November sei, wie aus "zuverlässiger Quelle" zu erfahren gewesen sei, "nicht ungehört und nicht wirkungslos geblieben". Sommer erwartete jedoch mehr: Für Sonntag, den 7. März, verlangte sie "ein klares, anklagendes Protestwort aller deutschen Oberhirten". Schließlich solle Papst Pius XII. "ein an das Weltgewissen gerichtetes Hirtenwort über den Vatikanischen Sender" verbreiten.[25] <p> Bertram beschränkte sich hingegen weiterhin auf seine, der Öffentlichkeit verborgene Eingaben- und Verhandlungspolitik. Er bat in seinem Schreiben, das er gleichlautend an das RSHA, die Reichskanzlei, das Reichskirchen-, Reichsinnen- und Reichsjustizministerium schickte, den "Maßnahmen Einhalt zu gebieten", d.h. die Trennung der Ehen aufzuheben.[26] Am 4. März sprach Weihbischof Wienken persönlich bei Adolf Eichmann im RSHA vor. Er erhielt die mündliche Auskunft, die "nichtarischen Katholiken in rassischen Mischehen werden von der Abwanderungsaktion nicht erfaßt", auch kinderlose Ehen nicht. Die "sogenannten Geltungsjuden" würden nach Theresienstadt gebracht. Die in Berlin "von den Arbeitsstätten und zum Teil auch aus den Familien abgeholten nichtarischen Katholiken rassisch gemischter Ehen werden wieder freigelassen" und in R stungsbetrieben eingestellt.[27] Da Wienken diese Auskunft am 6. Tag der Proteste in der Rosenstraße entgegen nahm, wird man schwerlich diese Proteste als völlig bedeutungslos abtun können, zumal es ein Leichtes gewesen wäre, Wienken den nach Gruner rein verwaltungstechnisch notwendigen Aufwand für Registrierung und Ersatzauswahl in schlichten, klaren Worten zu erläutern. Dies hätte man ei-

gentlich auch den Protestierenden verständlich machen können. Doch Wolf Gruner sieht in dieser Auskunft Eichmanns eine Bestätigung seiner These der nie anvisierten Deportationsabsicht bei den Rosenstra enpersonen.[28] <p> Andere meinen wiederum, gerade dieser Schritt seitens der Kirche sei mit entscheidend gewesen für die Entlassungen in der Rosenstraße als Rettung vor der Deportation.[29] Das Mitglied im Ordensausschuß, Dominikanerpater Odilo Braun, wertete Stil und Inhalt der Eingaben des Vorsitzenden der Bischofskonferenz allerdings "wegen ihres weichen Tones zu unwirksam",[30] womit er die entscheidende Spur für die Interpretation legt. Bertrams stille Eingabe vom November 1942 dürfte für diejenigen auf NS-Seite ein willkommenes Signal gewesen sein, das Zwangsscheidungsgesetz schon deswegen nicht in Angriff zu nehmen, weil dies den  rger mit der Kirche erst herauf beschwören mochte. Das bedeutete umgekehrt, man schuf einfach vollendete gewaltsame Tatsachen, auf welche seitens der Kirche erfahrungsgemäß höchstens stille Eingaben und höfliche Nachfragen von Wienken kamen, der lediglich mündliche, d.h. unverbindliche Auskünfte Eichmanns erhielt, was ganz dem taktischen Kalkül im Umgang mit der Kirche entsprach, der keinerlei Achtung entgegen gebracht wurde. Es gehörte zu den Standardwarnungen des Ordensausschusses gegenüber solcher Taktik: "Beruhigende Erklärungen und das Bestreiten solcher Pläne von der anderen Seite haben nur den Zweck, uns in Sicherheit zu wiegen und ein öffentliches Eintreten für diese Ehen zu unterbinden. Man befürchtet eine Behandlung der Frage in der Öffentlichkeit".[31] Erst im Februar 1944 wird Bertram-erfolglos-monieren, daß er sich bei Eingaben "nicht mit einer nur mündlich erklärten Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamtes begnügen" könne.[32] <p> Bertrams Schreiben, ähnlich jenen, die der protestantische Landesbischof Wurm formulierte, boten ihrerseits ein Einfallstor für "gerechtfertigte" Vorgehensweisen der NS-Seite.[33] So formulierte der Breslauer Kardinal im Herbst, obgleich er sich doch eigentlich für die Verfolgten der NS-Rasseideologie einsetzen wollte: "Es bedarf dabei nicht der Versicherung, daß diese meine Vorstellungen nicht einem Mangel an Liebe zum Deutschtum, nicht einem Mangel an Gefühl nationaler Würde entspringen, auch nicht einer Geringschätzung der schädlichen Einflüsse eines  berwucherns jüdischer Einflüsse gegenüber deutscher Kultur und vaterländischer Interessen".[34] Diese "schädlichen Einflüsse" boten gemeinhin der NS-Seite jegliche Handhabe, um gegen "die Juden" vorzugehen. Bertram seinerseits war empfänglich für

angebliche Verstöße von "Juden" gegen staatliche Anordnungen. Er sah nicht einmal eine Veranlassung, einen Protest wenigstens dann zu erheben, wenn die unverhältnismäßige "Strafe" für diese Verstöße in der Deportation nach Auschwitz und baldigem Tod bestand.[35] Da die Methode, die die NS-Seite in dieser Phase gegen die in den RSHA-Richtlinien und dem Frankfurter Erlaß angeblich "geschätzten" Personenkreise anwandte, einen Teil der "Lösung der Judenfrage" bildete, bestärkten die Gestapoberichte über Dr. Gertrud Luckner aus Freiburg, die sich wie Margarete Sommer für Katholiken jüdischer Herkunft einsetzte und mit ihr eng zusammen arbeitete.[36] <p> Während Sommer in den Berliner Pfarreien ab dem 17. Februar 1943 ihre statistischen Erhebungen durchführte, reiste Luckner von Freiburg aus zwischen dem 22. Februar und 2. März über Stuttgart, Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Eichstätt und München zurück nach Freiburg. Die Gestapo beobachtete Luckner und vernahm danach deren Gesprächspartner. Schließlich wurde sie am 24. März verhaftet und später in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie erst 1945 befreit wurde. Luckner hatte in den israelitischen Kultusgemeinden die Listen der "Mischehen" und "Mischlinge" erbeten, also noch nachdem die RSHA-Richtlinien am 20. Februar heraus gekommen waren, die diese Personen angeblich schätzten. Luckner habe, so der Kriminal-Sekretär Hans von Ameln in seinem Bericht, schon am 24. Februar in Würzburg Johanna Stahl darauf hingewiesen, "daß z.Zt. in Berlin eine große Abwanderung vonstatten ginge"![37] Luckner wußte also von der geplanten "Schlußaktion" vom 27. Februar. Sie habe Ivan Schwab in Würzburg und Justin Baum in Bamberg, wo sie sich am 25. Februar aufhielt, darauf aufmerksam gemacht, daß das Mischengesetz "vorerst zurückgestellt worden sei", aber dennoch "Maßnahmen gegen Mischehen und Mischlinge" bevorstünden. "Auch die Tatsache, daß die Luckner darauf hingewiesen hat, daß die Mischlinge nicht kriminell werden dürften, um nicht der Geheimen Staatspolizei eine Handhabe zum Einschreiten zu geben, läßt klar erkennen, daß sie über die Handhabung der Lösung der Judenfrage und über die internen behördlichen Anweisungen genauestens unterrichtet ist".[38] Die Staatspolizeileitstelle Düsseldorf fand gerade diesen Punkt hervorhebenswert im abschließenden Ermittlungsbericht zum Fall Luckner für das Berliner RSHA: "Es hat sich demnach bestätigt, daß die Luckner im ganzen Reich Anlaufstellen unterhält, sich persönlich an Juden, Mischehen und Mischlinge wendet und diese auf bevorstehende Maßnahmen hinweist".

Man muß, so Luckner, "trotzdem mit staatspolizeilichen Maßnahmen gegen Mischehen und Mischlinge rechnen.... Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß die Luckner über innerdienstliche Anweisungen genauestens unterrichtet wird".[39] <p> Diese seltene, von verschiedenen Polizeistellen geübte Offenheit bezüglich der wahren Ziele der NS-Seite wurde durch die Handhabung der "Mischehenfrage" in den verschiedenen Regionen in Deutschland bestätigt. So notierte Viktor Klemperer am 14. März, auf den Dresdener Friedhof komme tatsächlich eine Frau, "Arierin", um eine Urnenstelle zu schmücken. "Man hat ihren jüdischen Mann und ihren als 'jüdischen Mischling' deklarierten Sohn aus unbekannten Gründen verhaftet und ein paar Wochen später 'bei Fluchtversuch' erschossen".[40] Eugen Grimminger, der wegen der Finanzierung der Fahrten und der Flugblattaktion der "Weißen Rose"[41] am 2. März verhaftet worden war, sah seine jüdische Ehefrau Jenny, die er 1922 geheiratet hatte, nicht wieder: Sie wurde am 10. April in Stuttgart verhaftet, in das KZ Ravensbrück und von dort nach Auschwitz gebracht, wo sie am 2. Dezember 1943 ermordet wurde.[42] Odilo Braun, im Auftrag der Hilfsstelle Sommers unterwegs, nannte es "den kalten Weg", den man beschreite.[43] Margarete Sommer faßte die Entwicklungen rückblickend im August 1943 zusammen, indem sie die unterschiedlichen Methoden schilderte: Seit März erhielten sie Nachrichten aus den einzelnen Bistümern, "die beweisen, daß statt der befürchteten, aber nicht getroffenen, bzw. rückgängig gemachten generellen Maßnahmen, nun Teilaktionen in einzelnen Gauen in weniger auffälliger, aber auch radikaler Weise—ohne gesetzliche Grundlage—die faktische Trennung der rassischen Mischehe bewirken".[44] "In Hessen wurden eine Woche, nachdem die Berliner nichtarischen Ehegatten aus Mischehen nach der Ende Februar, Anfang März erfolgten Abholung wieder entlassen worden waren (auf die ungewöhnlich scharfen Proteste hin), nach und nach eine große Anzahl nichtarischer Ehegatten verhaftet; teilweise ohne Angabe von Gründen, teilweise mit nicht nachgeprüften Behauptungen, daß sie sich irgend welcher Vergehen schuldig gemacht haben sollten." Sommer nennt sie "Scheingründe". "Diese 'Verhafteten' wurden in großen Räumen untergebracht, die in kleinste Käfige eingeteilt waren." Monatlang seien die Betroffenen eingesperrt gewesen. "Viele dieser Verhafteten wurden dann abtransportiert, nachdem sie einen sogenannten Lagerschein hatten unterzeichnen müssen, der den Eindruck erwecken soll, als seien sie freiwillig ins Evakuierungslager gegangen. Schon 14 Tage nach dem ersten Abtransport dieser unglücklichen

Menschen trafen die ersten Todesnachrichten ein. Es verlautet, daß auf diese Weise des 'Kriminellmachens' auch in weiteren Gebieten Deutschlands die Mischehe getrennt werden soll".[45] <p> Aufgrund ihrer umfangreichen Hintergrundinformationen und Recherchen wäre es Sommer nicht verborgen geblieben, wenn es in der Rosenstraße keine Deportationsabsicht gegeben hätte. Ihr lag ja gerade daran, die Lage, auch mit lokalen und regionalen Unterschieden in der Vorgehensweise zu analysieren und darzustellen. Sie betonte aber auch noch im August 1943, die Proteste hätten erst die Entlassungen bewirkt. Als Beweis für die Deportationsabsicht wurde im übrigen gewertet, daß aus der Rosenstraße schon 25 Personen deportiert worden waren. Die neuesten Recherchen Joachim Neanders vermögen die These Gruners auch hier nicht zu stützen, daß sie als "Schutzhäftlinge" abtransportiert worden seien und von Auschwitz-Monowitz zurück geschickt wurden, weil sie als Mischehepartner ja eigentlich als "geschätzt" galten.[46] Margarete Sommer führte in ihrem Bericht vom August 1943 sogar ein weiteres Beispiel auf als Beleg dafür, daß nur durch einen Protest Maßnahmen der NS-Seite rückgängig gemacht werden konnten. Die näheren Umstände dieses interessanten Falles wären noch untersucht werden: "In Innsbruck und anderen Städten Tirols wurden die nichtarischen Ehegatten ohne jede Begründung abgeholt und in Konzentrationslager gebracht. Auf heftigste Proteste von katholischer Seite Wiens hin wurden diese Mischehegatten wieder in ihre Familien zurückgeführt".[47] <p> Zu ergänzen bleibt schließlich, daß Margarete Sommer in ihrem Entwurf vom August 1943 für die Eingabe des Episkopats neben die "laut erhobenen Proteste" der Bevölkerung als Ursache für die Entlassungen in der Rosenstraße Proteste "von den Bischöfen" setzte.[48] Einen laut erhobenen Protest, wie Sommer ihn sofort am 2. März von den Bischöfen und vom Papst gefordert hatte, hatte es aber nicht gegeben. Auch der Versuch von Odilo Braun, der einige Tage später, am 6. März, "in der furchtbaren Judenverfolgung" einen "öffentlichen Protest"[49] forderte und jener Versuch von Bischof Preysing,[50] der Pius XII. ebenfalls am 6. März um ein Eintreten für die Deportierten bat, blieben vergeblich. Der Papst schwieg.[51] Die weiche Eingabe Bertrams vom November 1942 hatte den Berliner "Vorstoß" (H. G. Adler) nicht hindern können, Eichmanns zur Beruhigung dienende Zusagen an Wien kamen erst am 6. Protesttag, Bertram selbst erhielt keine Antwort. Nach außen drang von all dem nichts. Auch die vorbereitende Planung für einen Hirtenbrief im April 1943, falls jemals ein "Mischehengesetz" kom-

men sollte, war lediglich für den Eventualfall, der nie eintrat, weil die NS-Seite die gesetzliche Lösung taktisch verworfen hatte.[52] Sommer ging es bei ihrem Entwurf vom August 1943 letztlich darum, daß der Episkopat im nachhinein die enge Verbindung zwischen Bischöfen und protestierender Bevölkerung und deren gleich starke und wirkungsvolle Ablehnung der NS-Maßnahmen gegenüber den Regierungsstellen betonen sollte. Das Volk stehe nicht hinter der Regierung, so die beabsichtigte Botschaft Sommers. Darin folgte sie natürlich der von ihr und dem Ordensausschuß vertretenen Konzeption. Doch blieb dieser Entwurf in den Breslauer Aktenschränken liegen, denn Bertram lehnte diese deutliche Eingabe an die Regierung ab, ebenso wie er auch den gemeinsamen Dekalog-Hirtenbrief zur Aufklärung des Volkes im Sommer 1943 nicht mittragen wollte allein schon wegen der zaghaften Andeutung von Menschenrechtsverletzungen des Regimes, die er als zu politisch wertete.[53] Für Sommer und den Ordensausschuß waren die "laut erhobenen Proteste" in der Rosenstraße ein hoffnungsvolles Zeichen gewesen, dem die Kirche als einzige noch nicht zerschlagene Großorganisation mit ihren Möglichkeiten und ihrem ungeheuerlichen Wissen über die Verbrechen des Regimes zur Aufklärung des gesamten Volkes hätte stützend und verstärkend öffentlich beispringen können. Das geschah nicht.[54] Beate Meyer urteilte über den Film "Rosenstraße", die Gesamthandlung lege den "Erfolg der Frauen nahe", doch habe von Trotta eine "etwas sarkastisch als Erklärung" eingebrachte Bemerkung Baron von Eschenbachs, die Meyers und Gruners These andeutet, eingefügt, die "wohl gleichzeitig zur Beschwichtigung möglicher Einwände von Historikern" diene.[55] Die bestens informierte Dr. Margarete Sommer würde Margarethe von Trotta von der Gesamthandlung her, also dem Protesterfolg, Recht geben – trotz möglicher Einwände von Historikern. <p> Anmerkungen <p> [1]. Vgl. Beate Meyer, <cite>Geschichte im Film – Judenverfolgung, Mischehen und der Protest in der Rosenstraße 1943</cite>. Dort weitere Literaturhinweise auf Meyers Forschungen. <p> [2]. Vgl. Wolf Gruner, "Die Internierung der Juden aus Mischehen in der Rosenstraße 1943. Das Ereignis, seine Diskussion und seine Geschichte," <cite>Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)</cite> 52 no. 1 (2004): S. 5-22. Dort weitere Literaturhinweise auf Gruners Forschungen. Gruners These schließt sich an: Claudia Schoppmann, "Rettung von Juden: ein kaum beachteter Widerstand von Frauen," in <cite>Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit</cite>, Bd. 5: Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, Hrsg. Beate

Kosmala and Claudia Schoppmann (Berlin 2002), S. 113f. <p> [3]. Entwurf einer Eingabe des deutschen Episkopats [von Margarete Sommer] (I), [22./23.8.1943], in: Ludwig Volk (Bearb.), <cite>Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945</cite>, Bd. VI: 1943-1945, (Mainz 1985) [= Volk VI], S. 217. <p> [4]. Gruner zieht vorschnell das Fazit: "Neue Quellen zwingen [!] also zu einer Re-Interpretation der Ereignisse Ende Februar 1943." W. Gruner, "Internierung," S. 21. <p> [5]. Jana Leichsenring, "Katholiken in der Rosenstraße: Das 'Hilfswerk beim Bischoflichen Ordinariat Berlin' und die 'Mischehen,'" <cite>ZfG</cite> 52 no. 1 (2004): S. 37-49, folgt weitgehend meiner Analyse des Handelns der Amtskirche und Sommers: vgl. A. Leugers, "Widerstand oder pastorale Fürsorge katholischer Frauen im Dritten Reich? Das Beispiel Dr. Margarete Sommer (1893-1965)," in <cite>Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert</cite>, Hrsg. Irmtraud Götzel von Olenhusen et al. (Stuttgart 1995), S. 161-188; A. Leugers, <cite>Gegen eine Mauer bischoflichen Schweigens. Der Ausschuss für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945</cite>, (Frankfurt a.M., 1996). Die expliziten Wertungen Sommers zum Protest in der Rosenstraße und den Kontext, der sich aus Gertrud Luckners Gestapobeobachtung ergibt, reflektiert Leichsenring erstaunlicherweise nicht, daher wird hier darauf ausführlicher eingegangen. <p> [6]. Vgl. Nathan Stoltzfus, <cite>Resistance of the Heart. Intermarriage and the Rosenstrasse Protest in Nazi Germany</cite> (New Brunswick, New Jersey, London 1996); dt. Übersetzung: <cite>Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße-1943</cite> (München 1999, 2. Aufl. 2002); vgl. Rezension: A. Leugers, "Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus," <cite>Neue Politische Literatur</cite> 47 no. 2 (2002): S. 249-276, hier: S. 260f.; N. Stoltzfus, "Der 'Versuch, in der Wahrheit zu leben' und die Rettung von jüdischen Angehörigen durch deutsche Frauen im 'Dritten Reich,'" in <cite>Frauen und Widerstand</cite>, Hrsg. Jana Leichsenring (Münster 2003), S. 74-88 und S. 89-95 (Diskussion). <p> [7]. Vgl. A. Leugers, <cite>Widerstand oder pastorale Fürsorge; Heinrich Herzberg, Dienst am höchsten Gesetz. Dr. Margarete Sommer und das "Hilfswerk beim Bischoflichen Ordinariat Berlin"</cite>, (Fredersdorf 2000); J. Leichsenring, "Katholiken." <p> [8]. Teildruck in: Hans Günther Adler, <cite>Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland</cite>, (Tübingen 1974), S. 199f. <p> [9]. Druck in: Wolf Gruner, "Die Fabrik-Aktion und

die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße. Fakten und Fiktionen um den 27. Februar 1943," <cite>Jahrbuch für Antisemitismusforschung</cite> 11 (2002): S. 176f. Im vorletzten Absatz wohl irrtümlich: 27.2.1945 statt korrekt 1943 wie im Druck bei: Gernot Jochheim, <cite>Frauenprotest in der Rosenstraße Berlin 1943. Berichte Dokumente Hintergründe</cite>, erweiterte Neuauflage, (Berlin 2002), S. 30f. <p> [10]. H. G. Adler, <cite>Der verwaltete Mensch</cite>, S. 202: "Als sich Anfang 1943 die Massentransporte dem Ende zuneigten, erfolgte ein Vorstoß zur Beseitigung der jüdischen Männer in Berlin, die mit deutschen Frauen verheiratet waren. Viele wurden verhaftet und sollten fortgeschafft werden, doch eine mutige Demonstration der Frauen bewog die Gestapo ausnahmsweise zum Nachgeben und die Männer wurden entlassen [...]" Vgl. auch ebd., S. 307, 340. <p> [11]. Protokoll der Wannsee-Konferenz, in <cite>Die Grunewald-Rampe. Die Deportation der Berliner Juden</cite>, 2. korr. Aufl., (Berlin 1993), S. 59. <p> [12]. Jana Leichsenring, die sich im Rahmen ihrer Dissertation über Margarete Sommer damit befaßte, stellte diese Quelle auf der Konferenz zum Rosenstraßenprotest in Berlin, 29./30.4.2004, erstmals vor. Vgl. den Link auf den Tagungsbericht in H-Soz-u-Kult. Zu den Informanten vgl. auch: A. Leugers, <cite>Gegen eine Mauer</cite>, S. 471 Anm. 348; A. Leugers, "Widerstand oder pastorale Fürsorge," S. 175 Anm. 83; J. Leichsenring, "Katholiken," S. 42 Anm. 43, S. 45 Anm. 72. <p> [13]. Vgl. z.B. den Vermerk auf dem Bericht Sommers, [nach 5.8.1942], in: Ludwig Volk (Bearb.), <cite>Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. 5: 1940-1942, (Mainz 1983) [=Volk V], S. 817: "Ging durch Kurier nach Rom". Vgl. auch: A. Leugers, <cite>Gegen eine Mauer</cite>, S. 272. <p> [14]. Vgl. A. Leugers, "Positionen der Bischöfe zum Nationalsozialismus und zur nationalsozialistischen Staatsautorität," in <cite>Die katholische Schuld? Katholizismus im Dritten Reich-Zwischen Arrangement und Widerstand</cite>, Hrsg. Rainer Bendel, 2. durchges. Aufl., Münster 2004, S. 122-142. <p> [15]. Vgl. ausführlich: A. Leugers, <cite>Gegen eine Mauer</cite>. <p> [16]. Bertram an Muhs, [27.10.1944], in <cite>Volk VI</cite>, S. 436. <p> [17]. Entwurf einer Eingabe des deutschen Episkopats [von Margarete Sommer] (II), [22./23.8.1943], in <cite>Volk VI</cite>, S. 220. <p> [18]. Vgl. Bertram an Thierack, Frick, Muhs, 11.11.1942, in <cite>Volk V</cite>, S. 944f. Vgl. A. Leugers, "Widerstand oder pastorale Fürsorge," S. 175f.; A. Leugers, "Adolf Kardinal Bertram und die Menschenrechte," <cite>Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart. Jahrbuch des Vereins für Ge-

schichte und Kunst im Bistum Hildesheim

 63 (1995): S. 205-229. Vgl. demgegenüber die Predigt Preysings vom 15. November 1942, Teildruck in: A. Leugers, *Georg Angermaier 1913-1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1997, Nr. 58. 

[19]. Bericht Sommers, 2.3.1943, in *Volk VI*, S. 20. 

[20]. Vgl. N. Stoltzfus, *Widerstand*, S. 281, S. 447 Anm. 77. Stoltzfus schreibt, die Listen seien der jüdischen Gemeinde oder der Gestapo übergeben worden. Sollte dies tatsächlich geschehen sein, so wäre die Arbeit der Hilfsstelle Sommers mehr als ambivalent zu bewerten. Für die Kopien des Erhebungsmaterials danke ich N. Stoltzfus, der es entdeckt hat. 

[21]. So antwortete das Katholische Pfarramt St. Marien dem Hilfswerk am 9.3.1943, Sandberger "wohnte noch beim Hausbesuch am 26.2." dort. Erhebungsmaterial Sommers (wie Anm. 20). 

[22]. In den Berichten der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen findet sich nicht selten ein Verwundern darüber, sie seien von einer ihnen unbekannten Person informiert worden über den Ort der Unterbringung des Partners bzw. über den Termin der Freilassung. Es sollte der Frage systematisch nachgegangen werden, ob dies in Zusammenhang mit Sommers Erhebungen und Hilfsnetzen gestanden haben mochte. So auch die Vermutung von J. Leichsenring, *Katholiken*, S. 44 bzgl. der Familie Reis, die auf der Erhebungsliste Sommers "Privilegierte Mischehen III" unter Nr. 93 und in der Liste "Nichtarisch-katholische Haushaltsvorstände" unter Nr. 188, in der Liste "Privilegierte Ehen" unter Nr. 66 mit Ehepaar und Sohn auftaucht. Erhebungsmaterial Sommers (wie Anm. 20). 

[23]. Vgl. A. Leugers, "Widerstand oder pastorale Fürsorge," S. 184-188. 

[24]. Zum Scheitern eines Hirtenbriefs im November 1941, der die Menschenrechtsverletzungen des Regimes thematisierte, vgl. A. Leugers, *Gegen eine Mauer*, S. 245-258. 

[25]. Bericht Sommers, 2.3.1943, in *Volk VI*, S. 19-21. 

[26]. Bertram an Frick, Muhs, Thierack, Lammers, RSHA, 2.3.1943, in *Volk VI*, S. 23. 

[27]. Wienken an Bertram, 4.3.1943, in *Volk VI*, S. 25. 

[28]. Vgl. W. Gruner, "Internierung," S. 15, 21. 

[29]. Vgl. Heinz Harten, *Deutsche Katholiken 1918 bis 1945* (Paderborn 1992), S. 513f, S. 645f Anm. 54; Wilhelm Damberg, "Katholiken, Antisemitismus und Äkumene," in *Clemens August Graf von Galen. Menschenrechte-Widerstand. Euthanasie-Neubeginn*, Hrsg. Joachim Kuropka (Münster 1998), S. 61f; Stephan Adam, *Die Auseinandersetzung des Bischofs Konrad von Preysing mit dem*

*Nationalsozialismus in den Jahren 1933-1945* (St. Ottilien, 1996), S. 111; Klemens-August Recker, *"Wem wollt ihr glauben?" Bischof Berning im Dritten Reich*, (Paderborn, 1998), S. 347 wertet den Protest in der Rosenstraße und die Eingabe Bertrams als entscheidend; ebenso Ursula Böttner, "Die anderen Christen. Ihr Einsatz für verfolgte Juden und "Nichtarier" im nationalsozialistischen Deutschland," in *Solidarität und Hilfe*, Bd. 5, Hrsg. B. Kosmala and C. Schoppmann, (Berlin: Metropol, 2002) S. 134; J. Leichsenring, "Katholiken," S. 49 formuliert vorsichtiger, Bertrams Schritt sei mit zu berücksichtigen. 

[30]. [Braun] an Bischof [Dietz], 6.3.1943. Druck: A. Leugers, *Georg Angermaier 1913-1945*, S. 234 Anm. 9. 

[31]. Bericht für die Fuldaer Bischofskonferenz, 14.8.1943, in *Volk VI*, S. 128. 

[32]. Bertram an Wienken, 21.2.1944, in: *Volk VI*, S. 293 Anm. 2. 

[33]. Wurm an Reichsinnenministerium, 14.3.1943, in *Landesbischof D. Wurm und der Nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation*, (Stuttgart 1968), S. 162: Wurm freue sich, daß die Personen in Berlin wieder entlassen wurden. Das begründe er "nicht aus Vorliebe für das Judentum, dessen übergroßer Einfluß auf das kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben in der Zeit, in der fast die ganze Presse philosemitisch eingestellt war, fast nur von christlicher Seite als verhängnisvoll erkannt wurde [...]." 

[34]. Bertram an Thierack, Frick und Muhs, 11.11.1942, in *Volk V*, S. 944. Vgl. die ähnliche Formulierung noch im Schreiben: Bertram an Frick, Muhs, Thierack, Lammers, RSHA, 2.3.1943, in *Volk VI*, S. 22. 

[35]. Vgl. den von mir geschilderten Fall in A. Leugers, *Widerstand oder pastorale Fürsorge*, S. 183f. Schon im Oktober 1941 erhielt Bischof Berning (an Bertram, 27.10.1941, in *Volk V*, S. 583) die Auskunft von Adolf Eichmann, "daß christliche Nichtarier nur ausnahmsweise evakuiert würden, besonders nur diejenigen, die mit der Staatspolizei schon in Konflikt gekommen seien. Die in Mischehe lebenden Nichtarier würden vorläufig nicht betroffen." 

[36]. Vgl. Hans-Josef Wollasch, *Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gruber in Freiburg*. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942-1944, (Konstanz 1999), S. 16-82; Angela Borgstedt, "... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen". Der Einsatz von Hermann Maas und Gertrud Luckner für verfolgte Juden," in *Widerstand gegen die Judenverfolgung* Hrsg. Michael Kiener (Konstanz 1996), S. 227-259; Angela Borgstedt,

“Bruderring’ und ‘Lucknerkreis’: Rettung im deutschen SÄ¼dwesten,” in <cite>SolidaritÄ¼t und Hilfe</cite>, Bd. 5, S. 191-203; Zur Zusammenarbeit von Luckner, Sommer und Magnis vgl. J. Leichsenring, <cite>Gabriele GrÄ¼fin Magnis –Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams fÄ¼r die Betreuung der katholischen “Nichtarier” Oberschlesiens: Auftrag–GrenzÄ¼berschreitung–Widerstand?</cite> (Stuttgart 2000), S. 75-96. <p> [37]. Bericht Kriminal-SekretÄ¼rs Hans von Ameln Ä¼ber Vernehmung J. Stahl, 6.3.1943, in H.-J. Wollasch, <cite>Nachrichtenzentrale</cite>, S. 131f. <p> [38]. Bericht H. von Amelns Ä¼ber Vernehmung J. Baum und I. Schwab, 7.3.1943, in: ebd., S. 133f. <p> [39]. Bericht der Staatspolizeileitstelle DÄ¼sseldorf an RSHA IV B1, [11.]3.1943, in: ebd., S. 144f. <p> [40]. Notiz vom 14.3.1943, in Viktor Klemperer, <cite>Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. TagebÄ¼cher 1942-1945</cite>, Hrsg. Walter Nowojski und Hadwig Klemperer, Bd. 2, 3. Aufl., (Berlin 1995), S. 343. <p> [41]. Vgl. <cite>Hochverrat? Neue Forschungen zur “WeiÄ¼en Rose”</cite>, Hrsg. Rudolf Lill, verÄ¼nderte Neuaufl., (Konstanz 1999) (mit einer Bibliographie, S. 161-179). <p> [42]. Vgl. Armin Ziegler, Eugen Grimmer. <cite>WiderstÄ¼ndler und Genossenschaftspionier</cite> (Crailsheim 2000), S. 118. <p> [43]. Aktenvermerk des Ordinariats Limburg, 26.6.1943 (in <cite>Volk VI</cite>, S. 99) Ä¼ber die Informationen, die P. Odilo Braun brachte. Er sei im Auftrag der Hilfsstelle in Berlin unterwegs gewesen: Braun an JÄ¼dische Gemeinde Frankfurt, Juli 1977 (A. Leugers, <cite>Gegen eine Mauer</cite>, S. 471 Anm. 358). <p> [44]. Entwurf einer Eingabe des deutschen Episkopats, [22./23.8.1943], in <cite>Volk VI</cite>, S. 217. <p> [45]. Bericht Sommers, [24.8.1943], in <cite>Volk VI</cite>, S. 219. FÄ¼r den Fall Hessen wurden Sommers Beobachtungen nicht berÄ¼cksichtigt von Monica Kingreen, Verfolgung und Rettung in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region, in <cite>SolidaritÄ¼t und Hilfe</cite>, Bd. 5, S. 182-185; Monica Kingreen, “Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941-1945,” in <cite>“Nach der Kristall-

nacht”. JÄ¼disches Leben und antijÄ¼dische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945</cite>, Hrsg. Monica Kingsreen (Frankfurt, New York, 1999), S. 383-390. Zu den Vorkommnissen in Frankfurt vgl. auch die Beobachtungen, die Odilo Braun auf seiner Reise von Worms Ä¼ber Frankfurt machte: [Braun] an Bischof [Dietz], 6.3.1943. Druck: A. Leugers, <cite>Georg Angermaier 1913-1945</cite>, S. 233f Anm. 9; Im NachlaÄ¼ Wurm befindet sich auch eine Aufzeichnung von Mitte 1943, in <cite>Landesbischof D. Wurm und der Nationalsozialistische Staat 1940-1945</cite>, S. 165-167, hier: S. 166: “Es wÄ¼re auch vÄ¼llig unglaublich, wenn plÄ¼tzlich in einer einzelnen Stadt [Frankfurt a.M.] zahlreiche Personen gegen Gesetze verstoÄ¼en haben sollten, die zufÄ¼llig sÄ¼mtlich in einer Mischehe leben”. FÄ¼r Beuthen: vgl. J. Leichsenring, <cite>Gabriele GrÄ¼fin Magnis</cite>. <p> [46]. Joachim Neander auf der Konferenz zum RosenstraÄ¼enprotest in Berlin, 29./30.4.2004. Vgl. den Link auf den Tagungsbericht in H-Soz-u-Kult. <p> [47]. Bericht Sommers, [24.8.1943], in <cite>Volk VI</cite>, S. 219. <p> [48]. Auslassungszeichen im Anfangszitat (wie Anm. 3) am Textbeginn: “nicht nur von den BischÄ¼fen, sondern”. <p> [49]. [Braun] an Bischof [Dietz], 6.3.1943. Druck: A. Leugers, <cite>Georg Angermaier 1913-1945</cite>, S. 234 Anm. 9. <p> [50]. Vgl. “Preysing an Pius XII., 6.3.1943,” in <cite>Die Briefe Pius’ XII. an die Deutschen BischÄ¼fe 1939-1944</cite>, Hrsg. Burkhard Schneider (Mainz 1966), S. 239 Anm. 1. <p> [51]. Vgl. “Pius XII. an Preysing, 30.4.1943,” S. 239. <p> [52]. Zur weiteren Entwicklung vgl. A. Leugers, <cite>Widerstand oder pastorale FÄ¼rsorge</cite>, S. 179-184. <p> [53]. Zum Dekalog-Hirtenbrief vgl. A. Leugers, Gegen eine Mauer, S. 274-289. <p> [54]. Nach 1945, als die Kirche ins Kreuzfeuer der Kritik geriet wegen ihres Verhaltens wÄ¼hrend der NS-Zeit, verteidigte Sommer–obgleich vor 1945 kritische Verfechterin einer anderen Konzeption als Kardinal Bertram–die Linie der BischÄ¼fe. Vgl. zu dieser “loyalen Erinnerungsarbeit”: A. Leugers, <cite>Widerstand oder pastorale FÄ¼rsorge</cite>, S. 186-188. <p> [55]. B. Meyer (wie Anm. 1).

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<https://networks.h-net.org/h-german>

**Citation:** Antonia Leugers. Review of , *Rosenstrasse*. H-German, H-Net Reviews. July, 2004.

**URL:** <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=15454>

Copyright © 2004 by H-Net, all rights reserved. H-Net permits the redistribution and reprinting of this work for

nonprofit, educational purposes, with full and accurate attribution to the author, web location, date of publication, originating list, and H-Net: Humanities & Social Sciences Online. For any other proposed use, contact the Reviews editorial staff at [hbooks@mail.h-net.org](mailto:hbooks@mail.h-net.org).